

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

wir haben den neuen Griechenland-Hilfen mit Mehrheit zugestimmt. Das ist nicht immer leicht vermittelbar. Es geht uns dabei nicht darum, den Kurs der Kanzlerin zu unterstützen. Es geht um unsere europapolitische Verantwortung. Es geht darum, die Menschen in Griechenland nicht im Stich zu lassen. Das haben wir immer gesagt und immer so gehandelt.

Wir zeigen Haltung. Wir müssen deutlich machen, dass die schwarz-gelbe Koalition keinen Kurs hat bei der Rettung des Landes. Immer wieder setzt sie sich selbst Grenzen, um diese dann doch zu sprengen. Nun aber hat dieses Vorgehen eine Stufe erreicht, die an Lügen grenzt. Die Bundesregierung, allen voran die Kanzlerin, hat solche Angst vor der Wahl, dass sie die Wahrheit verschleiert und hinausschiebt, die Wahrheit nämlich, dass die Rettung Griechenlands noch richtig Geld kosten wird. Und das vermutlich am Ende ein Schuldenschnitt stehen wird. Das muss Frau Merkel den Menschen endlich sagen. Wir werden sie an der Stelle nicht aus der Verantwortung lassen.

All die Reformen, die in Griechenland und anderen Euro-Ländern nun stattfinden, sind doch letztlich auf sozialdemokratische Initiative hin begonnen worden. Wir waren es, die einen Wachstumspakt für die Krisenländer durchgesetzt haben. Schwarz-Gelb tut alles für den Koalitionsfrieden – für die Währungsunion tun sie zu wenig.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL

TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 30.11.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: Griechenland-Debatte	09	Initiative zu Kurzarbeit
03	Klimaschutz in Doha vorantreiben	09	Aktuelle Stunde zur Putzprämie
04	Offshore-Technologie sicherstellen	10	Korruption im Gesundheitswesen eindämmen
06	Lebensqualität auf dem Land stärken	11	Patientenrechte stärken
07	Für ein menschenwürdiges Asylrecht	12	UN-Sicherheitsrat reformieren
08	Hasskriminalität oft nicht erkannt	13	Aids weiter zurückdrängen

TOP-THEMA

Griechenland-Debatte: „Sie kaufen sich nur Zeit!“

An diesem Freitag hat der Bundestag über weitere Hilfen für den Krisenstaat Griechenland beraten und abgestimmt. Es geht dabei um ein Bündel an Maßnahmen, deren Folgen sich im Bundeshaushalt niederschlagen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gab eine Regierungserklärung ab, in der er ungewohnt deutlich zu erkennen gab, dass seine Koalition sich in der Vergangenheit oft irrte und in der er sich nun klar zur Rettung Griechenlands bekannte. Damit nimmt er die Position der SPD-Fraktion ein, was etliche Politiker von Schwarz-Gelb zuvor vehement abgelehnt hatten.

Schäubles plakative Belehrungen gegenüber dem Parlament verbat sich darum SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. „Es ist ja rührend, dass ausgerechnet Sie uns daran erinnern wollen, wie Griechenland zu retten ist. Wenn ich mich recht erinnere, waren es in den letzten Jahren immer andere, die genau das gefordert haben. Wir brauchen da keine Belehrungen von ihnen. Noch vor kurzem bekamen hier viele im kleinen Kreis leuchtende Augen, wenn es um den Rauswurf der Griechen aus der Euro-Zone ging“, sagte Steinmeier vor dem Plenum. Er verwies darauf, dass CSU-Politiker wie Markus Söder und Alexander Dobrindt immer nur die Stammtische bedient hätten. Hätte diesen „Brandstiftern“ keiner Einhalt geboten, gäbe es nun in Europa einen Flächenbrand, die Länder wären umgekippt wie Dominosteine.

An Kanzlerin Merkel (CDU) gerichtet stellte Steinmeier klar: „Sie haben die Debatte über Griechenland in unverantwortlicher Weise geführt“. Dafür sei die Kanzlerin direkt verantwortlich. „Abwarten und Zuschauen mag für den Koalitionsfrieden gut sein, für die Verantwortung in Europa ist es schlecht“, so Steinmeier. Haltung sehe anders aus.

Natürlich sei es nie nur um Griechenland gegangen bei den Rettungsmaßnahmen, „sondern um den Bestand der Währungsunion als Ganzes“ – das wüssten auch die Brandstifter.

Steinmeier gestand Schäuble zu, dass er nicht zu sagen brauche, „die Sozis hatten recht“. Aber: „Sie sollten endlich zugeben: Wir haben uns geirrt“. Heute, so erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende, „wäre die Chance gewesen, sich ehrlich zu machen“.

Der Schuldenschnitt wird wohl kommen

Mit deutlichen Worten kritisierte Steinmeier die Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Griechenland. Denn die Abgeordneten hatten kaum Zeit, die Dokumente zu den aktuellen Maßnahmen zu sichten, auf der Grundlage ist es schwer, sich umgehend und

umfassend ein Bild zu machen. „So geht man nicht mit dem Parlament um, das ist unfair und nicht angemessen“, stellte Steinmeier klar. Dauerhaft funktioniere das so nicht. Er fügte hinzu: „Wir erwarten, dass Sie die Erfolge Ihres Pakets im Dezember dem Parlament darlegen“. Denn das hier sei keine nachhaltige Lösung für Griechenland. „Sie haben Zeit gekauft, auch für sich selbst.“ Die Regierung scheue die Wahrheit – wegen der Wahl.

Völlig offensichtlich sei, dass der Werkzeugkasten der Regierung in Sachen Griechenland-Rettung leer sei. „Denn die Basiszahlen von Griechenland zeigen doch, dass alles am Ende auf einen Schuldenschnitt hinausläuft. Sie können das verschieben, aber es wird kommen. Und dann werden wir Sie nicht aus Ihrer Verantwortung lassen.“

Steinmeier sagte, er wisse sehr wohl, dass die Entscheidung heute nicht leicht falle, auch seiner eigenen Fraktion. Er fügte an: „Wir können unsere griechischen Freunde nicht im Stich lassen“.

Der Bundestag stimmte am Freitagmittag mit einer breiten Mehrheit – auch mit der Mehrheit der Stimmen der SPD – für den Antrag von Wolfgang Schäuble und damit für weitere Griechenland-Hilfen.

UMWELT

Klimaschutz in Doha vorantreiben

Am 26. November hat die Klimakonferenz in Doha, der Hauptstadt Katar, begonnen. Die Erwartungen an die Resultate der internationalen Konferenz sind jedoch gedämpft. Deshalb ist die Bundesregierung gefordert, sich für den internationalen Klimaschutz stark zu machen. Leider hat das deutsche Engagement in der Klimapolitik national, auf EU-Ebene und international deutlich nachgelassen. Deshalb fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/die Grünen neue Anstrengungen von der Bundesregierung, um Doha in Erfolge zu erzielen.

Im Jahr 2011 stieg der CO₂-Ausstoß um 3,2 Prozent auf 31,6 Gigatonnen an. Die CO₂-Konzentration ist in den vergangenen zehn Jahren schneller gewachsen als in den Dekaden zuvor. Das Jahr 2010 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Eisschmelze in der Arktis wird immer dramatischer. Bei dem augenblicklichen Tempo wäre die arktische See rund um den Nordpol bis 2030 eisfrei. Um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu halten, müssen die Industriestaaten ihre Emissionen um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 gegenüber dem Treibhausgasanstieg im Jahr 1990 senken.

Das Klimaschutzabkommen läuft aus

Ende 2012 läuft die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls aus. Damals hatten die Industrienationen beschlossen ihren Treibhausgasausstoß um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Bislang gibt es noch keine rechtlich verbindliche Anschlussregelung. Auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Durban im vergangenen Jahr wurde zwar beschlossen, dass es eine zweite Verpflichtungsperiode für die Emissionsreduktion geben soll. Mit dem dort vereinbarten Fahrplan, wonach ein neues Klimaschutzabkommen bis 2020 in Kraft treten soll, rückt das Zwei-Grad-Ziel in weite Ferne. Um dieses Ziel doch noch zu erreichen müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Doch die Verhandlungen verlaufen zäh. Zumal die größten Emittenten wie die USA und China keine Verpflichtungen eingegangen sind.

Um deutlich zu machen, dass der Klimaschutz Chancen bietet, könnte zunächst eine Klimaschutz-Allianz von 32 europäischen Staaten – darunter alle EU-Mitglieder – mit 32

Schwellen- und Entwicklungsländern Afrikas und Lateinamerikas gebildet werden. Diese 64 Staaten könnten dann geschlossen auf allen internationalen Treffen auftreten. In einer Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wird Klimapolitik nicht mehr von den Verweigerern abhängig gemacht.

Deutschland hat unter Schwarz-Gelb seine Vorreiterrolle aufgegeben

Deutschland ist nicht mehr Vorreiter beim Klimaschutz. Es fehlt an Maßnahmen, um das nationale Ziel der Reduktion des Treibhausgasanstiegs um 40 Prozent bis 2020 zu erreichen. Außerdem fehlen eine stringente Klimaaußenpolitik und Engagement in der EU-Klimapolitik. Viele EU-Staaten warten auf ein deutliches Signal aus Deutschland. Das blieb bisher aus, weil sich Umweltminister Altmayer (CDU) und Wirtschaftsminister Rösler (FDP) nicht einigen können. Dazu zählt auch die für den Klimaschutz notwendige Energiewende. Doch die Bundeskanzlerin greift nicht ein. Anstatt die zugesagte Finanzierung von Klimaschutz in ärmeren Ländern mit zusätzlichen Mitteln zu bestreiten, wurden bereits gegebene Zusagen von einer Tasche in die andere Tasche umgeschichtet. Das hat Deutschlands Glaubwürdigkeit international beschädigt.

Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern die Bundesregierung in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/11651) auf, den Kampf gegen den Klimawandel wieder zu einem wichtigen Anliegen der deutschen Politik zu machen.

Für ein neues Klimaabkommen eintreten

Dazu gehören Maßnahmen auf nationaler Ebene, um das Klimaziel von 40 Prozent zu erreichen. Außerdem soll sich die Bundesregierung für ein verbindliches internationales Klimaregime unter dem Dach des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen einsetzen. In Doha sollen konkrete Arbeitspläne und Meilensteine für die Zeit bis 2015 vereinbart werden. Die Verhandlungsblockade soll durch eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten aufgelöst werden. Dazu sollen sich Vorreiterstaaten zusammenschließen und ambitioniert vorgehen und andere Staaten motivieren, sich anzuschließen. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass in Doha eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls beschlossen wird.

Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern soll gesichert werden. Des Weiteren soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die EU ihr Reduktionsziel jetzt ohne Vorbedingungen auf 30 Prozent anhebt. Und Deutschland soll endlich ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionszielen verabschieden, in dem der Klimaschutz als treibende Kraft für die Energiewende verankert wird. Auch international ist ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das den Ausbau der Erneuerbaren Energien weltweit voran bringt.

Offshore-Technologie mit staatlicher Beteiligung sicherstellen

Seit geraumer Zeit gibt es Probleme beim Anschluss der so genannten Offshore-Windparks vor den Küsten an die Energieversorgungsleitungen auf dem Festland. Dies betrifft vor allem die Windparks in der Nordsee. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat seit drei Jahren nicht gehandelt und damit die Vorreiterrolle Deutschlands in der Offshore-Technologie aufs Spiel gesetzt. Das wirkt sich auch negativ auf die neuentstandenen Arbeitsplätze in der Küstenregion aus.

Der nun mit Koalitionsmehrheit beschlossene Gesetzentwurf zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften löst die Probleme des Anschlusses der Windparks vor den Küsten nicht. Die unausgegorenen Haftungsregeln für den Fall, dass die Netzbetreiber den

Anschluss der Windparks an die Stromleitungen auf dem Festland nicht rechtzeitig herstellen, führen zum Rückgang von Investitionen in diese neue Technologie in Deutschland und zur Abwanderung der Mittel in Windparks in Großbritannien. Hier wird deutlich, dass die Regierung bei ihrer Offshore-Strategie Fehler gemacht hat. Vor allem hat sie den zeitlichen und technologischen Aufwand bei der Entwicklung von Einzelkomponenten und der Errichtung der Anlagen auf hoher See unterschätzt. Es fehlt eine realistische Planung.

Schwarz-Gelb wälzt Kosten auf Bürgerinnen und Bürger ab

Zudem fällt der Bundesregierung mal wieder nichts Besseres ein, als die Kosten für die Entschädigungsansprüche der Windpark-Betreiber zu einem erheblichen Teil auf die Stromkunden abzuwälzen. Die Privathaushalte sind ohnehin schon von Strompreiserhöhungen betroffen, weil Schwarz-Gelb immer mehr Unternehmen von der EEG-Umlage befreit. Doch damit nicht genug: Auch für Entschädigungen, die an die Betreiber von Gas- und Kohlekraftwerke gezahlt werden sollen, wenn sie diese zwangsweise zur Stabilisierung der Stromversorgung am Netz halten müssen, sollen über die Netzentgelte auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Ungerechtigkeiten, warf SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil Wirtschaftsminister Rösler (FDP) vor, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein und die Energiewende vor die Wand zu fahren.

Die sogenannten Offshore-Windparks sind das Rückgrat für eine Stromversorgung aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien, denn auf offener See weht immer ausreichend Wind. So erreichen diese Anlagen im Vergleich zu denen auf dem Festland eine höhere Volllaststundenzahl und stabilisieren die Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien. Durch den Aufbau von Offshore-Anlagen vor den deutschen Küsten entstehen Know-How, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in unserem Land. Gerade für die strukturschwachen Regionen in Norddeutschland entsteht die Chance, die neuen Technologien in andere Länder exportieren zu können.

Mit staatlicher Beteiligung Netzanschlüsse sicherstellen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur Verabschiedung des schwarz-gelben Gesetzentwurfs am 29. November einen Entschließungsantrag (Drs. 17/11720) in den Bundestag eingebracht. Darin fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, anstatt die Bürgerinnen und Bürger für die verzögerten Anschlüsse der Windanlagen zur Kasse zu bitten, alternative Lösungen zu entwickeln, um Investitionen in die neue Technologie zu sichern. Dazu soll die Bundesregierung mit den Unternehmen, die den Netzanschluss der Windparks betreiben müssen, eine gemeinsame Netzgesellschaft bilden, um den Ausbau der Stromnetze und die seeseitigen Anschlüsse sicherzustellen. Daran solle die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Finanzierung der Netzanbindungen beteiligt werden. Die staatliche Beteiligung an der Offshore-Netzanbindung lasse sich dadurch begründen, dass die Energiewende politisch gewollt ist und die Entwicklung der Offshore-Technologie dabei ein wichtiges Element darstelle. Dies forderte die SPD-Fraktion bereits in der Großen Koalition, doch die CDU/CSU-Fraktion ließ dieses zukunftstaugliche Modell scheitern. Die SPD-Fraktion fordert die Regierung darüber hinaus auf, einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Strategie der Risikominimierung enthält.

STADTENTWICKLUNG/UMWELT

Lebensqualität auf dem Land stärken

Die ländlichen Räume sind in Deutschland unterschiedlich strukturiert. Es gibt Regionen, die sich wirtschaftlich gut entwickeln, industriell gut aufgestellt und dynamisch sind. Doch es gibt andere Regionen, meist in Randlagen, die strukturschwach sind und mit ökonomischen,

sozialen und demografischen Problemen zu kämpfen haben. So verschieden wie die Regionen sind, muss deshalb auch das Politikangebot sein.

Abwanderung schwächt den ländlichen Raum

Für die Attraktivität einer Region sind neben der geografischen Lage und der Schönheit der Landschaft vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Bedeutung. Wenn die Menschen in ihrer Umgebung keinen Arbeitsplatz finden, dann wandern sie ab. Dadurch wird ein Kreislauf in Gang gesetzt: Betriebsschließungen und fehlende Arbeitsplätze sorgen für eine Entvölkerung. Es sind die jungen Menschen und vor allem gut ausgebildete Frauen, die ländliche Regionen verlassen. Auch der Lohnunterschied zwischen Stadt und Land führt dazu, dass immer mehr Menschen aus ländlichen Regionen wegziehen. Diese Abwanderung und die demografische Entwicklung bedrohen die öffentliche Daseinsvorsorge wie z. B. die Gesundheitsversorgung und die Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs. Auch der Einzelhandel, Post- und Bankfilialen ziehen sich dann zurück.

SPD-Fraktion legt Maßnahmenkatalog vor

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Frühjahr 2012 ihr umfassendes Positionspapier „Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit – Politik für ländliche Räume effektiv und effizient gestalten“ vorgelegt. Auf dieser Basis hat sie nun einen Antrag (Drs. 17/11031) erarbeitet und in den Bundestag eingebracht. Bei Schwarz-Gelb sind die ländlichen Räume in schlechten Händen. Den großen Ankündigungen von Bau- und Verkehrsminister Ramsauer (CSU) ist nichts gefolgt. Auch der Antrag der Koalitionsfraktionen zur Entwicklung der ländlichen Räume liefert nicht die richtigen Antworten. Für die SPD-Fraktion gilt weiterhin noch der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land. Um diesem Ziel gerecht zu werden, richten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen umfangreichen Forderungskatalog an die Bundesregierung.

Infrastruktur für positive Wirtschaftsentwicklung stärken

Die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen soll unterstützt werden. Dazu ist der industrielle Sektor durch eine nachhaltige Strategie zu stärken. „Unternehmergeist“ und „kreative Köpfe“ sollen gefördert werden. Zudem ist für eine positive wirtschaftliche Entwicklung eine verlässliche Finanzierung der Infrastruktur eine wichtige Voraussetzung. Das betrifft sowohl die Verkehrs- als auch die Bereitstellung von Breitbandinfrastruktur. Insbesondere sind die Kommunalfinanzen zu stärken, damit die Gemeinden handlungsfähig bleiben. Dazu gilt es auch, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Regionen über Orts-, Länder und Staatsgrenzen zu verbessern. Touristische Angebote und der Landtourismus sollen gestärkt werden. Lokale Arbeitsplätze müssen erhalten bzw. neu geschaffen werden. Die Menschen brauchen einen Zugang zu Qualifikation und Weiterbildung, um gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Ebenso müssen für junge Menschen genug Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Ganztägige Kinderbetreuung soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ländlichen Räumen voran bringen.

Um attraktives Wohnen in kleinen Städten und Gemeinden zu steigern, muss die Städtebauförderung finanziell gestärkt werden. Doch es ist auch darauf zu achten, dass die Natur- und Kulturlandschaften zu erhalten sind.

Um die Entwicklung der ländlichen Räume zu unterstützen, soll die Bundesregierung bei der Neuausrichtung der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik die integrierte ländliche Entwicklung in den Vordergrund stellen. Auf nationaler Ebene sollen die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) finanziell angemessen ausgestattet und besser miteinander verzahnt werden. Zudem soll den Menschen vor Ort über Regionalbudgets Einfluss auf die Entwicklungen in ihrer Region ermöglicht werden.

SOZIALES/INNEN

Für ein menschenwürdiges Asylrecht

Eigentlich hätte die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen der Grundsicherung (Arbeitslosengeld II (SGBII) und Sozialhilfe (SGB XII) im Frühjahr 2012 wissen müssen, dass auch das Asylbewerberleistungsgesetz einer solchen Überprüfung nicht standhalten würde. Doch sie blieb tatenlos.

Seit Juli 2012 liegt nun das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor. Es hat vorsorglich entschieden, dass ab August 2012 für Asylbewerber die Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII anstatt des Asylbewerberleistungsgesetzes anzuwenden ist. Für nicht rechtskräftige Bescheide hat das Gericht eine Rückwirkung bis zum Januar 2011 verfügt. Doch die Regierung handelte auch nach diesem Urteil nicht.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die das Existenzminimum abdecken soll sind fast 20 Jahre lang nicht mehr angepasst worden. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag (Drs. 17/11674) in den Bundestag eingebracht, den das Plenum am 29. November debattiert hat. Darin haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes aufgegriffen. Sie fordern die Bundesregierung auf:

- Die Leistungen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes neu zu ermitteln.
- Die Kinder bis zur Volljährigkeit von dem reduzierten Leistungsbezug auszunehmen.
- Allen Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsenen einen Rechtsanspruch auf die Bedarfe von Bildung und Teilhabe zu eröffnen.
- Die medizinische Versorgung sicherzustellen - auch hinsichtlich der psychologischen Behandlung von durch Vergewaltigung, oder anderen schweren Gewalttaten traumatisierten Flüchtlingen.
- Den Kreis der Leistungsberechtigten wieder auf AsylbewerberInnen zu beschränken und die übrigen bisherigen Leistungsberechtigten in die Rechtskreise SGB II bzw. SGB XII zu integrieren.
- Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr als Regel-, sondern als Ausnahmefall zu regeln.
- Den Zugang zum Arbeitsmarkt dadurch zu erleichtern, dass die Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung die Regel wird.
- Die Dauer des Leistungsbezuges nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf 12 Monate zu begrenzen.

In einem weiteren Antrag (Drs.17/5912) fordert die SPD-Fraktion die Residenzpflicht für Asylbewerber abzuschaffen. Denn das ist eine unwürdige Gängelung für Asylbewerber, die mit starken Einschränkungen der Freizügigkeit verbunden ist. Stattdessen sollten Asylbewerber und Geduldete verpflichtet werden, ihren Wohnsitz in einem bestimmten Landkreis, einer Gemeinde oder in einem bestimmten Bundesland anzugeben. Damit wäre gewährleistet, dass weiterhin ein fairer Ausgleich zwischen den Bundesländern bezüglich der Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglich ist.

INNENPOLITIK

Hinschauen! Hasskriminalität oft nicht erkannt

Als die Verbrechen der Neonazi-Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt wurden, hat der Deutsche Bundestag in seiner Entschließung „Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden“ (Drs. 17/7771) beschlossen zu überprüfen, wo Hindernisse dem Engagement demokratischer Gruppen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegenstehen. Darin heißt es: „Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.“

Die Datenlage rechtsextremistisch motivierter Vorfälle und Fälle von „Hasskriminalität“ in Deutschland bildet die Realität nicht vollständig ab. Zivilgesellschaftliche Akteure listen regelmäßig mehr rechtsextremistische Vorfälle und Fälle von „Hasskriminalität“ als die amtliche Statistik. So zählt die amtliche Statistik 47 Todesopfer rechtsextremer Gewalt im Zeitraum von 1990 bis 2009, wohingegen Opferberatungsstellen und Journalisten für die Zeit von 1990 bis 2009 bis zu 181 Todesopfer nennen. Beide Zählweisen erfassen nur die Fälle, in denen durch Zeugenbeobachtungen ein rechtsextremistischer Bezug herzustellen ist. Das Dunkelfeld ist dagegen überhaupt nicht erfasst.

Oft liegt der Grund dafür im Umgang der Behörden mit Rechtsextremismus im Alltag. Opfer rechter Gewalt, Beratungsstellen und Opfervereine beklagen, bundesweit gegen eine Mauer aus Ignoranz und Verharmlosung kämpfen zu müssen. Polizei und Strafverfolgungsbehörden verneinen allzu oft die politischen Motive von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus existiere in vielen Städten eine Kultur des Wegschauens.

Die SPD-Fraktion hat nun einen Antrag ins Plenum eingebracht, der den Titel trägt „Hinschauen – Dunkelfeldforschung zum Thema Rechtsextremismus“ (Drs. 17/11366). Darin fordert sie die Bundesregierung auf:

- einen Forschungsauftrag zu erteilen, der statistisch ermittelt, wie viele Menschen Opfer /Zeuge, bzw. Zeugin rechtsextremer Gewalt bzw. Propagandadelikte geworden sind. Die Ergebnisse der Studie sollen mit der amtlichen Statistik politisch motivierter Straftaten abgeglichen werden, um eine Annäherung an die tatsächlich Zahl rechtsextrem und rassistisch motivierter Straften zu erreichen;
- einen Forschungsauftrag zu erteilen, in dem Hindernisse und Barrieren im Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus systematisch aufgedeckt werden. In einer solchen repräsentativen Studie sollen die Erfahrungen der Engagierten mit rechtsextremer Propaganda und rechtsextremer Gewalt transparent gemacht werden;
- einen Bericht vorzulegen, der einen bundesweiten Überblick über die Maßnahmen zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz in sicherheitsrelevanten Bundes- und Landesbehörden gibt.

Ziel: Die Verfassungsschutzbehörden müssen als Frühwarnsystem fungieren. Die geltende Zählweise rechtsextremer Straftaten verfehlt dieses Ziel. Die Sicherheitsbehörden benötigen umfassende Kenntnisse, welche durch systematische und kontinuierliche Opferstudien im Bereich Rechtsextremismus ergänzt und so insgesamt sichergestellt werden müssen.

ARBEIT**SPD-Fraktion kündigt Initiative zu Kurzarbeit an**

„Es kann uns nicht dauerhaft gut gehen, wenn es unserer europäischen Nachbarschaft dauerhaft schlecht geht,“ sagte Steinmeier vor mehr als 300 Betriebs- und Personalräten in Berlin. Deshalb müssten jetzt Regelungen zur erleichterten Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld per Rechtsverordnung geschaffen werden, sodass das Instrument im Bedarfsfall „sofort scharf gestellt werden kann“.

Auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Anette Kramme forderten, die bewährten Regelungen zur Kurzarbeit wieder einzuführen, um Arbeitsplätze zu sichern und Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen. „Wenn die Zeiten schwieriger werden, ist es besser, Arbeit und Qualifizierung zu finanzieren als für Arbeitslosigkeit zu bezahlen“, sagte Hubertus Heil.

„Dunkle Wolken am Horizont“

Angesichts der aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zur Lage am Arbeitsmarkt sprach Heil von „dunklen Wolken am Horizont“. Der Wachstumseinbruch wirke sich immer stärker auf den Arbeitsmarkt aus. Es sei daher höchste Zeit, dass die Bundesregierung Vorsorge trifft. „Sonst droht, dass aus dem Stillstand am Arbeitsmarkt Rückschritt wird,“ so Heil.

„Die Regierung darf nicht länger die Hände in den Schoß legen und darauf hoffen, dass sich die Probleme von allein lösen,“ erklärte Arbeitsmarktpolitikerin Kramme. Die Kurzarbeiterregeln aus der letzten Krise hätten sich seinerzeit bewährt. „Ausdrücklich sollen von der Kurzarbeit auch Leiharbeiter profitieren können“, fordert Kramme.

Rückdeckung erhält die SPD-Fraktion dabei auch von Bundesagentur-Chef Frank-Jürgen Weise. Im Gespräch mit Spiegel online sprach er sich dafür aus, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit auch Leiharbeiter von dem Instrument profitieren können.

Seine Behörde meldete am Donnerstag eine Stagnation auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote blieb im November unverändert bei 6,5 Prozent. Gegenüber der Situation vor einem Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen sogar um 38.000 gestiegen. Damit bildet sich die seit Mitte des Jahres spürbare Wachstumsschwäche im Zuge der europäischen Krise auch auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ab. Experten warnen: Je länger die Krise in der Eurozone noch andauert, umso schwerer wird es für die deutsche Wirtschaft, sich den Abwärtsrisiken zu entziehen.

AKTUELLE STUNDE**Schwarz-Gelb fehlt der Kompass in der Familienpolitik**

Kaum ist das Betreuungsgeld beschlossen, redet die Koalition über eine Putzprämie, damit Frauen wieder arbeiten gehen können. Die SPD-Fraktion sieht darin ein absurdes Hin und Her, bei dem sinnvolle Familienpolitik auf der Strecke bleibt.

Kurz nachdem der Bundestag das unsinnige Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder nicht in einer staatlich geförderten Krippe betreuen lassen, beschlossen hatte, treibt die Koalition ein widersprüchliches Vorhaben um: Plötzlich sollen Familien, wenn die Frau nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten möchte, eine Prämie für eine Putzhilfe erhalten.

Diese Putzprämie in Form von Gutscheinen sieht 6 Euro pro Stunde und maximal 90 Euro im Monat als Zuschuss zur Finanzierung einer Haushaltshilfe vor. Zu diesem absurden Vorhaben hatte die SPD-Fraktion in dieser Woche eine Aktuelle Stunde beantragt.

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks sieht in der Putzprämie, die aus der CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagen wurde, ein weiteres Wahlgeschenk für Besserverdienende. Sie bezeichnete es als widersprüchlich, wenn die Frauen erst durch das Betreuungsgeld von der Arbeit ferngehalten würden und nun durch die Putzprämie wieder zur Arbeit motiviert werden sollen. Familien bräuchten vielmehr Verlässlichkeit, um ihren Alltag meistern zu können. Dazu gehöre, sagte Marx, ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippenplätzen, das nach wie vor fehle. Zudem fragte sich die Familienpolitikerin, ob Schwarz-Gelb an „Gedächtnisverlust“ leide, denn es gibt bereits Steuervorteile für haushaltsnahe Dienstleistungen. Außerdem bräuchten Frauen und Männer nach der Geburt eines Kindes Perspektiven für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Putzprämie schafft keine sozialversicherungspflichtigen Jobs

SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner forderte neben Betreuungsplätzen und Ganztagschulen familienfreundliche Arbeitszeiten. Sie fragte sich, wer sich denn eine Putzhilfe leisten könne. Auch würde die Putzprämie anders als die Union behaupte, keine sozialversicherungspflichtigen Jobs schaffen. Doch dieses Wahlgeschenk für Besserverdienende zeige für welche Arbeitsteilung die Union stehe: Frauen seien zuständig für den Herd und fürs Putzen. Die SPD strebe dagegen die partnerschaftliche Teilung in der Familie und im Beruf an.

Der SPD-Abgeordnete Stefan Schwartze bemerkte, die Union habe wohl erkannt, dass sie keine Linie in der Familienpolitik habe. Schließlich traue sich nur eine Rednerin der CDU/CSU-Fraktion ans Rednerpult. Rolf Schwanitz, SPD-Haushaltspolitiker, mahnte, dass die 1 Milliarde Euro für die Putzhilfen Konsequenzen für den Etat des Bundesfamilienministeriums haben werde. Er vermute, dass das Elterngeld damit kaputt gemacht werde. Schließlich warnten selbst Unionsabgeordnete angesichts des Vorschlags vor Schnellschüssen. Die FDP arbeite ohnehin daran, die Familienförderung auf den Prüfstand zu stellen.

GESUNDHEIT

Korruption im Gesundheitswesen schadet Versicherten und Patienten

Immer wieder berichten die Medien von Korruptionsskandalen im Gesundheitswesen, z. B. von Prämienzahlungen an Ärzte, die ihre Patientinnen und Patienten in bestimmte Krankenhäuser einweisen. Insgesamt entsteht den gesetzlichen Krankenversicherungen durch Korruption, Abrechnungsbetrug und Falschabrechnungen ein Schaden, der laut Schätzungen zwischen 5 und 18 Milliarden Euro pro Jahr beträgt. Das kostet Geld, das die Versicherten an ihre Krankenversicherung für die gesundheitliche Versorgung bezahlen, und so fehlt es im System für wichtige Aufgaben.

Doch den Patienten droht auch medizinischer Schaden, wenn ihnen die Ärzte nicht die Behandlung zukommen lassen, die nachweislich geeignet ist, sondern stattdessen eine Therapie anwenden, für die sie Schmiergelder von Pharmaherstellern kassieren. Das kann sogar lebensbedrohliche Auswirkungen haben.

Leider hat der Bundesgerichtshof 2012 entschieden, dass freiberufliche Ärzte für die Annahme von Schmiergeldern oder großen Geschenken strafrechtlich im Gegensatz zu ihren Kollegen, die in Krankenhäusern, Polikliniken oder großen Arztpraxen angestellt sind, rechtlich nicht

belangt werden können. Durch dieses Urteil ist zu befürchten, dass damit der Korruption von Ärzten durch die Pharmakonzerne erst recht Tür und Tor geöffnet wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits während der Großen Koalition ein Positionspapier zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen vorgelegt. CDU und CSU wollten hier jedoch gesetzgeberisch nicht tätig werden. 2010 haben wir darauf aufbauend unseren Antrag „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ (Drs.17/3685) erarbeitet und in den Bundestag eingebracht. Er wurde am 30. November abschließend im Parlament beraten. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Patienten sicher sein können, von ihrem Arzt die Therapie verordnet zu bekommen, die sie brauchen, und nicht die, die dem Mediziner einen lukrativen Nebenverdienst zusichert. Nur so kann es ein vertrauensvolles Arzt-Patienten-Verhältnis geben.

Aus Korruption von Ärzten Straftatbestände machen

Fehlverhalten von Ärzten muss öffentlich gemacht und strafrechtlich geahndet werden. Die SPD-Fraktion will, dass ergänzende Regelungen im Strafgesetzbuch sicherstellen, dass Korruptionshandlungen von niedergelassenen Ärzten Straftatbestände werden. Ebenso soll gesetzlich geregelt werden, dass Falschabrechnungen von Krankenhäusern mit spürbaren Sanktionen bestraft werden. Die Bundesländer sollen besonders qualifizierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei zur Verfolgung von Korruption im Gesundheitswesen einrichten. Richter und Staatsanwälte sollen dazu fortgebildet werden.

Patientenrechte stärken – Opfer von Behandlungsfehlern besser unterstützen

In insgesamt drei Anträgen schlägt die SPD-Fraktion Maßnahmen vor, durch die die Rechte der Patientinnen und Patienten stärken will. Durch die in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen Maßnahmen werden die Patienten nicht ausreichend geschützt. Die SPD-Anträge „Patientenrechte wirksam verbessern“ (Drs. 17/11008) und „Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen“ (Drs. 17/9061) hat der Bundestag zusammen mit dem Regierungsentwurf abschließend beraten.

Bereits im März 2010 hatte die SPD-Fraktion einen ersten Antrag (17/907) mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog in den Bundestag eingebracht. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, ein Patientenrechtegesetz vorzulegen. Im Mittelpunkt stehen die gesetzliche Festschreibung von Rechten und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag sowie Verbesserungen im Risikomanagement durch die Einführung eines Melderegisters für Behandlungsfehler, was zu deren Vermeidung beitragen soll. Darüber hinaus sollen die Opfer von Behandlungsfehlern durch ihre Krankenversicherung unterstützt und hinsichtlich der Beweisführung gestärkt werden.

Zudem will die SPD-Fraktion die kollektiven Beteiligungsrechte der Patienten verbessern, z. B. durch ein Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss. Außerdem sollen spezielle Arzthaftungskammern bei den Landgerichten gebildet, und die gerichtlichen Verfahren sollen beschleunigt werden.

Patientenrechte wirksam verbessern

Mittlerweile hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf für ein Patientenrechtegesetz vorgelegt.

Doch er ist völlig unzureichend, weil darin lediglich die bestehenden Rechte zusammengefasst werden. Deshalb fordert die SPD-Fraktion in einem weiteren Antrag einen neuen Gesetzentwurf

von der Bundesregierung, der die o. g. Maßnahmen um weitere Punkte ergänzt: So soll jeder Patient nach einem Eingriff einen Patientenbrief mit allgemein verständlichen Informationen über die durchgeführte Operation, über ihren Verlauf und eventuell aufgetretene Komplikationen erhalten. Dadurch sollen unnötige Klagen vermieden und bei einem Fehler soll die Wahrscheinlichkeit auf Entschädigung des Patienten erhöht werden. Zur Unterstützung der Opfer von Behandlungsfehlern soll ein Härtefallfonds eingerichtet werden. Er soll unter bestimmten Voraussetzungen eintreten, z. B. wenn es keinen sicheren Nachweis der Schadensursache oder des Verschuldens gibt. Die Kosten für den Härtefallfonds sollen höchstens 60 Millionen Euro pro Jahr betragen. Aufgebracht werden sollen die Mittel von den Haftpflichtversicherern der Leistungserbringer (z. B. von Ärzten und Krankenhäusern), aus den bereits zu erbringenden Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten zum Krankenhausaufenthalt, durch eine ähnliche Abgabe der privat Versicherten sowie aus Steuermitteln. Zudem wollen die Sozialdemokraten eine Beweislast erleichterung bei Behandlungsfehlern erreichen, z. B. wenn die Qualitätsberichte eines Krankenhauses hohe Komplikationsraten bei bestimmten Eingriffen aufweisen. Darüber hinaus soll ein Mediations- und Schiedsverfahren für Fälle der Arzt- und Krankenhaushaftung eingeführt werden.

IGeL-Leistungen werden hart umworben

Außerdem will die SPD-Bundestagsfraktion den unregulierten Markt der individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL-Leistungen) in den Arztpraxen eindämmen, damit die Patientinnen und Patienten nicht übervorteilt werden. Diese IGeL-Leistungen gehören nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und müssen von den Patienten aus eigener Tasche bezahlt werden. Sie werden in fast allen Arztpraxen intensiv beworben. Oft entsteht bei den Patientinnen und Patienten dadurch der Eindruck, dass ihnen als gesetzlich Versicherte medizinische Leistungen verwehrt bleiben. Häufig werden sie auch von den Ärzten zu diesen Leistungen überredet, da sie angeblich notwendig für eine Diagnose oder die Heilung sind. Von 2008 bis 2010 ist der Umsatz mit den IGeL-Leistungen um 500 Millionen auf 1,5 Milliarden Euro gestiegen.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion, dass an ein und demselben Tag Ärzte keine IGeL-Leistungen und Leistungen, die sie mit der GKV abrechnen, für einen Patienten erbringen dürfen. Verstößt ein Arzt dagegen, kann die kassenärztliche Vereinigung Sanktionen bis hin zum Entzug der Zulassung verhängen. Zudem muss der Patient eine schriftliche Rechnung erhalten. Fehlen Informationen im Behandlungsvertrag oder hat der Arzt keine schriftliche Rechnung ausgestellt, muss die Patientin die Rechnung nicht begleichen. Wer in seiner Praxis IGeL-Leistungen erbringt, muss eine Übersicht der angebotenen IGeL-Leistungen als Information der Bundesregierung aushängen. Außerdem muss informiert werden, warum die Leistungen nicht zum Leistungskatalog der GKV gehören. Darüber hinaus sollen die Krankenkassen ihre Versicherten über IGeL-Leistungen aufklären. Die Verbraucherzentrale Bundesverband soll regelmäßig Berichte über die Entwicklung bei den IGeL-Leistungen erstellen, die sie der Bundesregierung vorlegt. Sie sollen zur Qualitätssicherung gegenüber den Patienten beitragen.

Leider war die schwarz-gelbe Koalition nicht bereit, für die Patientinnen und Patienten die Vorschläge aus den SPD-Anträgen aufzunehmen.

AUSSEN

UN Sicherheitsrat ist dringend zu reformieren

Bereits in dem Antrag „Deutschland im VN-Sicherheitsrat – Impulse für Frieden und Abrüstung“ (Drs.:17/4863) haben die Sozialdemokraten die Bundesregierung im Februar 2011 aufgefordert, eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung der UN zu gewährleisten. UN-Missionen sollten

besser koordiniert und verlässlicher mit Personal und Finanzen ausgestattet werden. Die Bundesregierung sollte für die internationale Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) werben. Zudem hätte die Resolution 1325 umgesetzt werden müssen, die Frauen stärker in Friedensprozesse einbezieht. Die Bundesregierung sollte sich für eine Reform des Sicherheitsrates engagieren. Im Nahen Osten hätte sie auf die Einrichtung einer Zone ohne Massenvernichtungswaffen hinwirken sollen.

In dem jetzigen Antrag „Negativbilanz nach zwei Jahren im UN-Sicherheitsrat“ (Drs. 17/11567) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung erneut auf, die Reform des Sicherheitsrates voran zu bringen.

Die derzeitige Zusammensetzung des Sicherheitsrates ist ein Spiegelbild der Machtverhältnisse am Ende des Zweiten Weltkrieges und entspricht damit nicht mehr den Realitäten des 21. Jahrhunderts. Alle Kontinente sollen ausgewogen vertreten sein. Das Veto-Recht und die dadurch mögliche Blockade des Sicherheitsrats muss schrittweise überwunden werden. Eine Entscheidung zu Syrien darf nicht weiter blockiert werden. Der Menschenrechtsschutz ist durch ein Frühwarnsystem und eine Normierung der Schutzverantwortung zu sichern. UN-mandatierte militärische Einsätze brauchen Leitkriterien. Die Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina müssen wieder aufgenommen werden.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

HIV/Aids weiter zurückdrängen

Am 1. Dezember begeht die internationale Gemeinschaft den jährlichen Welt-Aids-Tag. Die Neuinfektionen mit HIV und die Zahl der Todesfälle sinken in den letzten Jahren stetig: 2011 gab es 2,5 Millionen HIV-Neuinfektionen und 1,7 Millionen AIDS-bedingte Todesfälle.

Aber eine hohe Anzahl von Kindern wird weiterhin über ihre Mütter mit dem Virus infiziert. In einem Antrag (Drs.: 17/10096) fordern die Sozialdemokraten daher die Bundesregierung auf, sich dem Ziel einer „Aids-freien Generation bis 2015“ zu verpflichten. Das soll finanziert werden, indem bis 2015 mindestens 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Gesundheitsförderung und -versorgung in Entwicklungsländern bereitgestellt werden.

Der Kampf gegen die Pandemie muss hartnäckig weiter geführt werden: Die Aufklärung über HIV/Aids muss weiter gefördert werden. Der Zugang zu Medikamenten ist zu gewährleisten, und Forschungskapazitäten sollen ausgebaut werden. Zudem sind patentrechtliche sowie handels- und finanzpolitische Fragen auf internationaler Ebene zu klären.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>